

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Stephan Lenz (CDU)**

vom 02. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. August 2021)

zum Thema:

**Projekte gegen Linksextremismus im Land Berlin**

und **Antwort** vom 12. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Aug. 2021)

Herrn Abgeordneten Stephan Lenz (CDU)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 28 270  
vom 02. August 2021  
über Projekte gegen Linksextremismus im Land Berlin

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Am 23.06.2021 gab der Innensenator den Journalisten der Zeitung „Berliner Morgenpost“ ein Interview. Darin sagte der Innensenator u.a.:

Frage MoPo: „Das Land unterstützt diverse Projekte gegen Rechtsextremismus. Das stellt auch außer der AfD sicherlich niemand in Frage. Können Sie ein Projekt nennen, das Beratung zur Deradikalisierung von Linksextremismus anbietet? Antwort Innensenator: „Ja. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Sie ist von uns beauftragt, Prävention gegen Linksextremismus zu machen und wird auch entsprechend finanziert.“ Frage MoPo: „Reicht das aus?“ „Auch da antworte ich wieder ja und nein. Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, mehr auf dem Gebiet zu machen.“ (...)

Vor diesem Hintergrund sehe ich für Berlin kein flächendeckendes Problem des Linksextremismus – mit Ausnahme der Rigaer Straße und davor der Liebigstraße 34. Mit Blick auf die exzessive Gewalt, die wir in der vergangenen Woche erlebt haben, ist die Frage, ob man dort mehr machen müsste, aber durchaus berechtigt

1. Welche Projekte existieren im Land Berlin gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten?

Zu 1.:

Aktuell existieren im Land Berlin drei Projekte gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten, die bei unterschiedlichen Trägern verortet sind:

1. Projekt „F.A.N. Berlin-Brandenburg - für Demokratie, Recht und Freiheit“, die Verortung liegt beim Träger Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin). Im Rahmen dieses Projektes findet eine Kooperation zwischen der Stiftung SPI und der Polizei Berlin statt.

2. Projekt „Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen“, die Verortung liegt beim Träger Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Seit 2017 besteht eine gegenseitige Mitarbeitenden-Fortbildung im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Polizei Berlin und der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Während die Gedenkstätte über außerordentliches Wissen zur Geschichte und zu den Ideologien linker Militanz verfügt, besitzt der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes Berlin durch den täglichen Praxisbezug Erfahrungen mit den aktuellen Erscheinungsformen von Linksextremismus. Diese jeweiligen Erfahrungen sollten durch ein „Tandem-Lernen“ ausgetauscht und vermittelt werden. Da sich die dortigen Informationsveranstaltungen auch an Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende richten, kann diese Zusammenarbeit auch in der Prävention eine große Wirksamkeit entfalten. Die Kooperation wurde nach Entlassung des damaligen Direktors im Herbst 2018 temporär ausgesetzt. Für das Jahr 2021 war eine Fortführung dieser Veranstaltung geplant, diese musste jedoch pandemiebedingt zunächst ausgesetzt bzw. auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben werden. Ein erneuter Anlauf ist für September 2021 geplant.

3. Projekt „RadikalDemokratisch“, die Verortung liegt beim Träger KARUNA eG – die Sozialgenossenschaft mit Familiensinn Berlin.

Das Land Berlin weist die meisten sowie unterschiedlichsten Projekte gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten auf und stellt somit ein Alleinstellungsmerkmal als einziges Bundesland dar.

2. Mit welchen finanziellen, personellen etc. Mitteln unterstützt das Land Berlin diese Projekte?

Zu 2.:

Im Land Berlin werden diese drei Projekte über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Die Zuwendungen werden grundsätzlich als Teilfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt. Die Gewährung einer Zuwendung setzt grundsätzlich den Einsatz von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von mindestens 10,00% der Gesamtausgaben im Bewilligungszeitraum voraus.

1. Das Projekt „F.A.N. Berlin-Brandenburg - für Demokratie, Recht und Freiheit“ wird über die Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hinaus noch zusätzlich mit einer Kofinanzierung der Landeskommission Berlin gegen Gewalt gefördert.

2. Das Projekt „Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen“ wird über die Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hinaus noch zusätzlich von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördert, indem drei Lehrkräfte mit Abminderungsstunden direkt in der Gedenkstätte die pädagogische Arbeitsstelle unterstützen.

3. Das Projekt „RadikalDemokratisch“ wird über die Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hinaus noch zusätzlich von Eigenmittel des Trägers KARUNA eG – die Sozialgenossenschaft mit Familiensinn Berlin gefördert.

3. Welche Projekte im Land Berlin gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten sind in Planung?

Zu 3.:

Da im Land Berlin modellhaft die meisten sowie unterschiedlichsten Projekte gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten existieren, sollen diese perspektivisch weiterlaufen.

4. Welche Projekte im Land Berlin gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten sind in Vorbereitung?

Zu 4.:

Aufgrund der breiten Aufstellung der Projekte gegen Linksextremismus bzw. zur Deradikalisierung von Linksextremisten im Land Berlin sind derzeit keine weiteren Projekte in Vorbereitung, da der Bedarf ausreichend gedeckt ist. Es wird auf die Antwort zu Frage 1. verwiesen.

Berlin, den 12. August 2021

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport